

Förderantrag Mietwohnungen und Gruppenwohnungen

– unmittelbare Belegung/mittelbare Belegung –

– alle Beträge in Euro –

Bewilligungsbehörde 	Datum der Antragstellung
Antragstellerin/Antragsteller Name, Anschrift, Telefonnummer 	Eingangsstempel Gemeinde
Bevollmächtigte/Bevollmächtigter Name, Anschrift, Telefonnummer 	Eingangsstempel Bewilligungsbehörde
Förderobjekt 	Aktenzeichen Bewilligungsbehörde

Förderdarlehen/Tilgungsnachlass für Mietwohnungen und Gruppenwohnungen

	Darlehensbetrag	Tilgungsnachlass
Grundpauschale Einkommensgruppe A – unmittelbare Belegung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Grundpauschale Einkommensgruppe B – unmittelbare Belegung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Grundpauschale Einkommensgruppe A – mittelbare Belegung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Darlehen für standortbedingte Mehrkosten	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Darlehen für Menschen mit Schwerbehinderung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Zusatzdarlehen für		
– kleine Wohnungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Aufzüge	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Außenanlagen für besondere Bedürfnisse (z.B. Sinnesgarten)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Verbesserung/Neugestaltung des Wohnumfelds	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Nahmobilitätsangebote	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Klimaanpassung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Mieteinfamilienhäuser/Familienwohnungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Passivhausstandard	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Wohnraum für Rollstuhlnutzende	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– städtebauliche oder gebäudebedingte Mehrkosten	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Wohnraum für Menschen mit Schwerbehinderung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Bauen mit Holz	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Pflegebäder bei Gruppenwohnungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
– Brandschutzmaßnahmen bei Gruppenwohnungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Gesamtdarlehen	Gesamtilgungsnachlass

1. Die beantragten Fördermittel sind bestimmt zur Förderung von

- Miet- und Genossenschaftswohnungen
- Mieteinfamilienhäusern
- Mietwohnungen in der Form der vermieteten Eigentumswohnung*)
- Gruppenwohnungen mit Appartements (Fördervariante 1) mit Wohnschlafräumen (Fördervariante 2)*)
 - für sonstige Bewohnergruppen
 - für Studierende
 - für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen
 - für Menschen mit Behinderungen

*) Eine Förderung ist nur ausnahmsweise mit Zustimmung des für das Wohnungswesen zuständigen Ministeriums möglich.

Es handelt sich um

- Neubau Neuschaffung durch bauliche Maßnahmen im Bestand
 Baujahr der vorhandenen Substanz _____
 angestrebter Endenergiebedarf in kWh/(m²·a); Bezugsfläche = A_N _____
- Eine bauaufsichtliche Genehmigung ist nicht erforderlich; die Gemeinde hat die Durchführung des Baugenehmigungsverfahrens gemäß § 63 BauO NRW 2018 nicht gefordert.
- Ein Baugenehmigungsverfahren gemäß § 60 BauO NRW 2018 ist erforderlich, die bauaufsichtliche Genehmigung wurde beantragt _____ – wurde erteilt _____
 - ja, am _____ bei _____ ja, am _____ von _____
 Aktenzeichen _____

Baulasten zu Gunsten oder zu Lasten des Förderobjekts sind nicht gegeben werden wie folgt berücksichtigt: _____

Altlasten laut Verzeichnis der Altstandorte und Altablagerungen sind nicht gegeben werden wie folgt berücksichtigt: _____

2. Angaben zum Förderobjekt

	gesamtes Objekt	zur Förderung vorgesehen								
Anzahl der Gebäude	_____									
Anzahl der Wohnungen	_____	_____								
Gesamtwohnfläche der Wohnungen	_____ = 100 %	_____ = _____ %								
Anzahl der oberirdischen Garagen	_____									
Anzahl der Tiefgaragenstellplätze	_____									
Anzahl der Carports	_____									
Anzahl der nicht überdachten Stellplätze	_____									
Fläche Gewerbe-/Geschäftsraum	_____									
Anzahl der Gewerbeeinheiten	_____									
Brutto-Rauminhalt aller Gebäude nach DIN 277 (2016)	_____ = 100 %									
Brutto-Rauminhalt Wohnteil	_____ = _____ %									
Brutto-Rauminhalt Gewerbe-/Geschäftsraum	_____ = _____ %									
Gestaltete Fläche	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Außenanlagen</td> <td style="text-align: center;">Wohnumfeld</td> <td style="text-align: center;">Nahmobilitätsangebote</td> <td style="text-align: center;">Klimaanpassung</td> </tr> </table>						Außenanlagen	Wohnumfeld	Nahmobilitätsangebote	Klimaanpassung
Außenanlagen	Wohnumfeld	Nahmobilitätsangebote	Klimaanpassung							
Unterkellerung des Förderobjekts	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Vollunterkellerung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein								
Ausbau Dachgeschoss	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein									
Passivhausstandard	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein									
Anlage zur Wärme- oder Warmwasserbereitung wird als Eigentümerin/Eigentümer betrieben	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein									
Wärmelieferung in Form von Fernwärme	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein									

3. Angaben zum Baugrundstück und zum Grundbuch

Das Baugrundstück befindet sich

- im Eigentum der Antragstellerin/des Antragstellers
- noch nicht im Eigentum der Antragstellerin/des Antragstellers
ein Kaufvertrag
- ist abgeschlossen
- wird abgeschlossen

Einbindung des Bauvorhabens in eine Quartiersentwicklung? ja nein

Projektname der Quartiersentwicklung _____

Das Baugrundstück ist eingetragen im

- Grundbuch Erbbaugrundbuch, das Erbaurecht ist auf die Dauer von _____ Jahren bestellt,
– die Restlaufzeit beträgt _____ Jahre.

des Amtsgerichtes _____ für _____ Gemarkung _____

Blatt _____ Flur _____ Flurstück(e) alt _____

Flurstücke alt _____

Flurstücke alt _____

Flurstück(e) neu _____

zum Beispiel nach Teilung

Größe des Baugrundstückes insgesamt _____ m²

Ist das Grundstück bereits bebaut? ja, falls ja – Abriss oder Erhalt des Gebäudes
 nein

Wert der vorhandenen Gebäudesubstanz _____

Wert des vorhandenen Baugrundstücks _____

Darlehensrestschuld (zum Zeitpunkt der Antragstellung) _____

Hinweis: Im Falle des Erhalts der Bestandsbebauung werden weitere Objektunterlagen durch die NRW.BANK nachgefordert.

4. Baubeginn

Mit den Bauarbeiten wurde begonnen:

nein ja, mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde am _____

Für die Durchführung der geplanten Maßnahmen wird ein Zeitraum von _____ Monaten benötigt.

5. Weitere Förderungen

Für das Förderobjekt werden/wurden bereits Fördermittel des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes oder der KfW beantragt/bewilligt:

nein

ja _____
Betrag Aktenzeichen Bewilligungsstelle

6.2 Gebäude-Wohnungs-Liste (je Gebäude eine Liste) für Gruppenwohnungen – gesonderte Aufstellung für Gruppenwohnungen –

_____ | _____ | _____ | _____
 Postleitzahl | Ort | Straße | Hausnummer

- Gruppenwohnungen für sonstige Bewohnergruppen
- Gruppenwohnungen für Studierende
- Gruppenwohnungen für pflegebedürftige Menschen
- Gruppenwohnungen für Menschen mit Behinderungen

Es gelten die Gebäudedaten und die Angabe zur Dauer der Zweckbestimmung der vorhergehenden Seite 4. Für Gruppenwohnungen in gesonderten Gebäuden bitte zusätzliche Seiten "4a" und "5a", "4b" und "5b", etc. in den Förderantrag einfügen.

Betreuungsleistungen

Soll eine Betreuungspauschale erhoben werden? ja nein

Wird die Überlassung einer geförderten Wohnung mit einem Vertrag über die Erbringung von entgeltlichen Pflege- und Betreuungsleistungen verbunden? ja nein

Möblierungszuschlag – Gruppenwohnungen

Ist für den Einbau von Möbeln in Appartements oder Wohnschlafräumen vorgesehen, neben der Miete eine Pauschale zu erheben? ja nein

Wenn ja, in welcher Höhe _____ Euro (maximal 40 Euro)

zu fördernde Gruppenwohnungen:

lfd. Nummer pro Gebäude	Wohnungs-Nummer Vermieterin/Vermieter	Fördervariante Appartements = 1/Wohnschlafraum = 2	Appartement-Nummer (nur bei Fördervariante 1)	Lage im Gebäude	Größe in m ² einschließlich (anteiliger) Gemeinschaftsfläche	Größe in m ² *) (mietwirksame Wohnfläche)	Wohnung ist			Anzahl			Miet- und Belegungsbindungen				von Behörde auszufüllen		
							rollstuhlgerecht	durch Aufzug erschlossen	mit Pflegebad	Zimmer	Gästetoilette	Bad/Dusche	maximale Belegung mit Personen	mittelbare Belegung	Bewilligungsmiete	Einkommensgruppe A/B	Schlüsselzahl	Positionsnummer	

*) gegebenenfalls Abzüge berücksichtigen, sofern keine ausreichend großen Abstellflächen außerhalb der Wohnung geschaffen werden.

7.1 Gesamtkosten

Baugrundstück

Wert des vorhandenen Baugrundstücks _____

oder

der aktuelle Kaufpreis des Baugrundstücks _____

Erwerbsnebenkosten _____

Erschließungskosten _____

Kosten für standortbedingte Maßnahmen nach Nummer 4 WFB _____

Baukosten

einschließlich besonderer Bauteile, Außenanlagen, gestalteter Flächen und städtebaulicher/gebäudebedingter Mehrkosten _____

Wert der vorhandenen Gebäudesubstanz _____

Baunebenkosten

einschließlich Architekten- und Ingenieurleistungen, Behördenleistungen, Finanzierungskosten und sonstiger Nebenkosten _____

Summe Gesamtkosten _____

7.2 Finanzierungsmittel

1. Fremdmittel (dinglich gesichert)

1.1 Darlehen der _____

Zinssatz _____ % Auszahlung _____ % Tilgung _____ % _____

1.2 Darlehen der _____

Zinssatz _____ % Auszahlung _____ % Tilgung _____ % _____

2. Gesamtdarlehen der NRW.BANK

Förderpauschale und Zusatzdarlehen evtl. inkl. anteiligem Tilgungsnachlass

Zinssatz _____ %, Verwaltungskostenbeitrag 0,5 %; Auszahlung 99,6 %

Tilgung 1 % 2 % oder 5 tilgungsfreie Anlaufjahre _____
 Tilgung ab 6. Jahr _____ %

3. sonstiges Finanzierungsmittel – Ja, als Eigenleistungersatz

nachrangig/nicht gesichert/an anderen Objekten gesichert

Zinssatz _____ % Auszahlung _____ % Tilgung _____ % _____

4. Eigenleistungen

Bargeld und Guthaben _____

Selbsthilfe _____

Grundstück _____

_____ _____ _____

Tilgungsnachlass als Teilersatz für Eigenleistung Ja Nein

Eigenleistung aus Tilgungsnachlass^{*)}

(bitte Hinweise auf Seite 9 beachten) _____

Summe Finanzierungsmittel

Nachrichtlich: Bei folgenden Darlehen wurde eine Tilgungsaussetzung vereinbart

1.1 – Zeitraum _____ 1.2 – Zeitraum _____

*) Eigenleistung aus Tilgungsnachlass unter 1. Fremdmittel (dinglich gesichert) eintragen

7.3 Aufwand (jährlich)

1. Fremdmittel – Zinsen/Verwaltungskostenbeiträge
2. Fremdmittel – Tilgungen/Tilgungsersatzleistungen

3. Bewirtschaftungskosten (ohne Abschreibung und Betriebskosten)

3.1 Wohnungen

m² x Euro x 12 Monate

3.2 Gewerbe

m² x Euro x 12 Monate

3.3 Tief-/Garagen

x Euro x 12 Monate

3.4 oberirdische Stellplätze

x Euro x 12 Monate

4. Erbbauzinsen

Summe Aufwand

7.4 Ertrag (jährlich, ohne Betriebskosten)

1. Mieteinnahmen für Wohnungen

1.1 Mieteinnahmen für geförderte Wohnungen – Einkommensgruppe A

m² x Euro x 12 Monate

1.2 Mieteinnahmen für geförderte Wohnungen – Einkommensgruppe B

m² x Euro x 12 Monate

1.3 Mieteinnahmen für Wohnungen ohne Mietpreisbindungen

m² x Euro x 12 Monate

2. Mieteinnahmen für Gewerbeflächen

m² x Euro x 12 Monate

3. Mieteinnahmen für Tief-/Garagen

x Euro x 12 Monate

4. Mieteinnahmen für oberirdische Stellplätze

x Euro x 12 Monate

5. sonstige Erträge

Summe Ertrag

7.5 Ergebnis

Überdeckung/Unterdeckung (Summe 7.4 abzüglich Summe 7.3)

Information und Erklärung zu den Rechtsgrundlagen

Mir, der Antragstellerin/dem Antragsteller ist bekannt, dass Grundlage der Antragstellung und der Förderzusage folgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung sind:

1. Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW),
2. Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes NRW (WFB),
3. Wohnflächenverordnung (WoFIV),
4. Betriebskostenverordnung (BetrKV).

Mir ist ebenfalls bekannt, dass die Förderzusage auf der Grundlage des gestellten Förderantrags und der oben genannten Rechtsgrundlagen, Bestimmungen über Einsatzart und Höhe der Fördermittel, Dauer der Gewährung, Verzinsung und Tilgung der Fördermittel, Einhaltung von Einkommensgrenzen und Wohnungsgrößen, Rechtsfolgen eines Eigentumswechsels an dem geförderten Gegenstand, Art und Dauer der Belegungsbindung sowie Art, Höhe und Dauer der Mietbindungen enthalten wird.

Bei den Fördermitteln handelt es sich um Gelder des Landes NRW, die ursprünglich aus Steuermitteln finanziert wurden und über die NRW.BANK revolvingend zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden; ferner um Finanzhilfen des Bundes.

Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben im Förderantrag oder den beizubringenden Unterlagen, ebenso wie ein Verstoß gegen Mitteilungs- oder Auskunftspflichten aus dem Förderantrag, die Rücknahme der Förderzusage bzw. die Kündigung des Darlehensvertrages nach sich ziehen können und strafrechtlich verfolgt werden können.

Anrechnung von Tilgungsnachlässen auf die Eigenleistung

Die nach Nummer 7.2 WFB zu gewährenden Tilgungsnachlässe können auf Antrag bis zur Hälfte auf den Betrag der nach Nummer 1.6.2.1 Buchstabe a) WFB erforderlichen Höhe der Eigenleistung angerechnet werden. Die in diesem Fall wegen der reduzierten Eigenleistung notwendigen höheren Fremdmittel können im Grundbuch im Rang vor den Förderdarlehen besichert werden.

Kommt die Anrechnung von Tilgungsnachlässen zur Anwendung, hat die Förderempfängerin oder der Förderempfänger unbeschadet der Nummer 9 WFB spätestens sechs Monate nach Erhalt der letzten Rate des Förderdarlehens (Bezugsfertigkeit) einen Kostennachweis in Form einer summarischen Kostenaufstellung auf vorgeschriebenem Vordruck bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Die Bewilligungsbehörde prüft, ob die Gesamtkosten den der Bewilligung des Darlehens zugrundeliegenden Gesamtkosten entsprechen.

Sind die tatsächlich entstandenen Gesamtkosten geringer als im Förderantrag veranschlagt, ist unter Berücksichtigung des nach Nummer 1.6.2.3 Satz 1 WFB anrechnungsfähigen Tilgungsnachlasses sicherzustellen, dass die entsprechend Nummer 1.6.2.1 Buchstabe a) WFB erforderliche Eigenleistungsquote bezogen auf die tatsächlich entstandenen Gesamtkosten nicht unterschritten wird.

Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger soll dafür Sorge tragen, dass gegebenenfalls die vorrangig im Grundbuch vor den Förderdarlehen dinglich gesicherten Fremdmittel in Höhe des Anrechnungsbetrages nach Satz 1 nicht abgenommen werden müssen oder vorzeitig zurückgeführt werden können. Kann die erforderliche Eigenleistungsquote nicht durch die Nichtabnahme oder Rückführung vorrangig gesicherter Fremdmittel erreicht werden, hat die Bewilligungsbehörde die Förderdarlehen und Tilgungsnachlässe neu zu berechnen und im erforderlichen Umfang durch Änderung der Förderzusage zu kürzen.

Hinweis: Im Rahmen der Entscheidung der NRW.BANK zu den persönlichen Voraussetzungen der Förderempfängerin oder des Förderempfängers gemäß § 10 Abs. 4 WFNG NRW prüft die NRW.BANK entsprechend § 9 Abs. 1 Nummer 5 WFNG NRW die Angemessenheit der Eigenleistung.

Verpflichtungen und Erklärungen zur Einräumung eines Benennungsrechtes an Ersatzwohnungen – mittelbare Belegung –

Ich verpflichte mich,

1. Belegungsvereinbarung

vor Erteilung der Förderzusage eine Belegungsvereinbarung abzuschließen, in der konkrete Ersatzwohnungen oder ein Pool von Wohnungen, die als Ersatzwohnungen in Betracht kommen festgelegt werden.

2. Einräumung eines Benennungsrechts an den Ersatzwohnungen bzw. an zukünftig zu benennenden Ersatzwohnungen

der zuständigen Stelle als Gegenleistung für die geförderten Neubauwohnungen ein Benennungsrecht (§ 29 Nummer 6 Satz 2 WFNG NRW) nach Maßgabe der Nummer 2.3.2 WFB in Verbindung mit Nummer 2.3.1 WFB an jeder geeigneten Ersatzwohnung für die Dauer der Zweckbindung einzuräumen.

3. Eigenschaft der Ersatzwohnungen

Ersatzwohnungen bereit zu stellen, die nach Maßgabe der Nummern 1.3.4.2 bis 1.3.4.5 Anlage 1 der WFB geeignet sind. Das heißt, Ersatzwohnungen können insbesondere nur Wohnungen sein,

- a) die im Bereich der Bewilligungsbehörde liegen,
- b) die hinsichtlich Lage, Ausstattung und Gebrauchswert zur dauernden Wohnraumversorgung geeignet sind und über eine Toilette sowie Bad/Dusche innerhalb der Wohnung verfügen,
- c) deren Wohn- und Schlafräume nicht kleiner als zehn Quadratmeter sind,
- d) die insgesamt eine vergleichbare Wohnfläche aufweisen wie die geförderte Wohnfläche,
- e) die in einem Zeitraum bis zu 48 Monaten nach Erteilung der Förderzusage zur Einräumung eines Benennungsrechts angeboten werden und im Zeitpunkt des Angebotes zum Bezug durch eine Wohnungssuchende oder einen Wohnungssuchenden frei sind. Eine Kündigung der Vermieterin/ des Vermieters zum Erreichen des Freiwerdens der Ersatzwohnung ist nicht zulässig;
- f) die nicht die Eigenschaft "öffentlich gefördert" besitzen oder einer anderen Preisbindung unterliegen. Ausgeschlossen sind auch solche Wohnungen, für die in den letzten fünf Jahren Vereinbarungen hinsichtlich der Wiedervermietung zwischen der Bauherrin/dem Bauherren und der zuständigen Stelle getroffen wurden.

4. Rechtsnachfolge

im Falle des Eigentumswechsels der Ersatzwohnungen meine Rechtsnachfolgerin/meinen Rechtsnachfolger auf diese Verpflichtungen hinzuweisen.

Mir ist bekannt, dass

- die Förderzusage widerrufen bzw. der Darlehensvertrag gekündigt wird, sofern die Ersatzwohnungen nicht innerhalb des unter obiger Ziffer 3 Buchstabe e) bezeichneten Zeitraumes benannt werden. Die Vorschriften der §§ 25 bis 28 WFNG NRW bleiben hiervon unberührt;
- das Benennungsrecht unabhängig von der Laufzeit des Darlehens besteht.

weitere Verpflichtungen und Erklärungen für die Förderung von Mietwohnungen und Gruppenwohnungen

– unmittelbare Belegung und mittelbare Belegung –

Ich verpflichte mich,

1. Durchführung der Maßnahme

die geförderte Maßnahme entsprechend den hierfür geltenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie den Bestimmungen und gegebenenfalls den Auflagen der nach diesem Förderantrag erteilten Förderzusage durchzuführen. Die zugesagten Fördermittel werde ich ausschließlich für die im Förderantrag genannte Maßnahme verwenden und bei Objekten mit Passivhausstandard nach Fertigstellung die Einhaltung der zulässigen Luftwechselrate mittels einer Luftdichtigkeitsprüfung (Blower-Door-Test) nachweisen.

2. Verwaltung der Wohnungen

die geförderten Wohnungen bzw. die Ersatzwohnungen (mittelbare Belegung) entsprechend den maßgeblichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen, insbesondere den Bestimmungen der Förderzusage zu verwalten, vor allem die geförderten Wohnungen bzw. die Ersatzwohnungen (mittelbare Belegung) nur solchen Personen zur Nutzung zu überlassen, die nach den geltenden Bestimmungen und der Förderzusage bezugsberechtigt sind.

2.1 Belegung

- der zuständigen Stelle ein Belegungsrecht entsprechend Nummer 2.3.1 bzw. 2.3.2 der WFB einzuräumen, d.h. für Mieterinnen und Mieter der Einkommensgruppe A ein Besetzungsrecht und im Übrigen ein allgemeines Belegungsrecht,
- im Falle der Ausübung des Besetzungsrechts die Wohnung, das Appartement oder den Wohnraum der/dem von der zuständigen Stelle benannten Wohnungssuchenden zu überlassen,
- im Falle eines Belegungsrechtes die geförderten Wohnungen einer/einem Wohnungssuchenden nur dann zu überlassen, wenn
 - a) dieser mir vor der Überlassung entweder einen für die Wohnung, das Appartement innerhalb einer Gruppenwohnung (Fördervariante 1) oder einen Wohnschlafraum innerhalb einer Gruppenwohnung (Fördervariante 2) ausgestellten gezielten Wohnberechtigungsschein oder einen allgemeinen Wohnberechtigungsschein übergibt,
 - b) die für die jeweilige Belegung der Wohnung, des Appartements oder des Wohnschlafraums zu beachtende Einkommensgrenze ausweislich des Wohnberechtigungsscheins eingehalten ist,
 - c) die im Wohnberechtigungsschein angegebene Wohnungsgröße (Wohnraumgröße) nicht überschritten wird
 - d) und, falls die Wohnung auf Grund der Förderzusage bestimmten Haushalten vorbehalten ist, der Haushalt des Wohnungssuchenden nach dem Wohnberechtigungsschein diesem Kreis angehört.

2.2 Miete

für die Dauer der in der Förderzusage festgelegten Zweckbindung,

- a) bei Erstvermietung im Mietvertrag höchstens eine Miete – gegebenenfalls einschließlich eines Nutzungsentgelts für die Gemeinschaftsfläche – zu vereinbaren, deren Höhe sich aus der Förderzusage ergibt (Bevolligungsmiete),
- b) im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur eine Miete zu verlangen, die die Miete gemäß Buchstabe a) zuzüglich 1,5 % bezogen auf die Bewilligungsmiete für jedes Jahr seit Bezugsfertigkeit nicht übersteigt,
- c) im Falle einer erneuten Vermietung keine höhere Miete zu vereinbaren als sich aus der nach Buchstabe a) zulässigen Miete bei Erstvermietung zuzüglich der nach Buchstabe b) zulässigen Mieterhöhung ergibt und diese Miete für die Dauer der Zweckbindung nur nach Maßgabe des Buchstaben b) zu erhöhen.

Bei einer erhöhten Bewilligungsmiete für Wohnungen mit Passivhausstandard bezieht sich die nach Buchstabe b) zulässige Mieterhöhung auf den Ausgangsbetrag:

Einkommensgruppe A von _____ Euro

Einkommensgruppe B von _____ Euro

3. Prüfung der persönlichen Voraussetzungen

der Bewilligungsbehörde und der NRW.BANK zur Prüfung der persönlichen Voraussetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2, 3 und 5 WFNG NRW auf Verlangen Nachweise über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Mir ist bekannt, dass bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Fördermittel gefährdet sein kann.

4. Verkauf

die Veräußerung von gefördertem Wohnraum sowie eine eingeleitete Begründung von Wohnungseigentum während der Mietpreis- und Belegungsbindung unverzüglich der zuständigen Stelle schriftlich mitzuteilen (vgl. § 21 Abs. 6 WFNG NRW) und für den Zeitraum der Darlehensgewährung die geförderten Wohnungen nicht ohne vorherige Zustimmung der NRW.BANK zu veräußern. Näheres regelt der Darlehensvertrag.

5. Eigentumswechsel

im Falle des Eigentumswechsels meine Rechtsnachfolgerin/meinen Rechtsnachfolger auf diese Verpflichtungen hinzuweisen.

Hinweis zu Punkt 2.1 und 2.2: Die gewählte Dauer der Zweckbindung bleibt im Falle einer vorzeitigen vollständigen Rückzahlung bestehen. § 23 Abs. 1 und 3 WFNG NRW bleiben unberührt.

Erklärungen

Ich erkläre, dass

1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
2. die Angaben in diesem Förderantrag (einschließlich Antragsunterlagen) wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Hinweise für die Antragstellerin/den Antragsteller

1. Ihre Hilfe und Mitwirkung ist erforderlich

Ihr Förderantrag soll möglichst schnell bearbeitet werden. Ihre Mitwirkung bei der Ermittlung von relevanten Sachverhalten, der Angabe von bekannten Tatsachen und Beweismitteln ist deshalb erforderlich und nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 26 VwVfG NRW) auch so vorgesehen.

Füllen Sie den Förderantrag bitte vollständig aus.

2. Der Schutz Ihrer Daten

Ihre persönlichen und antragsbezogenen Daten werden auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) i.V.m. Artikel 6 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW) erhoben. Danach sollen die Beteiligten an einem Verwaltungsverfahren, also auch die antragstellenden oder beauftragten Personen, bei der Ermittlung des Sachverhaltes mitwirken, insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine Bearbeitung des Förderantrags ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass die Datenschutzhinweise der NRW.BANK unter der Internetadresse www.nrwbank.de/dsh_wrf eingesehen werden können.

Darüber hinaus gestatte(n) ich/wir, dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden, dem zuständigen Finanzamt sowie meinem/unserem Steuerberatungsbüro/Wirtschaftsprüfungsbüro o.ä. eingeholt werden. Ferner ist mir bekannt, dass die NRW.BANK über das Internet Einsicht in das elektronisch geführte Grundbuch nimmt.

Ich/wir befreie(n) die NRW.BANK insoweit vom Bankgeheimnis.

Unterschriften

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimmen ausdrücklich die auf Seite 1 zu „Antragstellerin/Antragsteller“ ausgewiesene(n) Person/Personen/Anschrift als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Bescheiderteilung.

1

_____	_____	_____
Name, Vorname	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit
_____	_____	_____
Postleitzahl	Ort	Straße
_____	_____	_____
		Hausnummer

Angaben zum beruflichen Status des Antragstellers/der Antragstellerin

Wirtschaftlich nichtselbständige Privatperson

Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter Rentner/in, Pensionär/in arbeitslos

Sonstige Privatperson

Hausfrau/Hausmann Schüler/in Studierende/r Auszubildende/r ohne Berufsangabe

Wirtschaftlich selbständige Privatperson

wirtschaftlich selbständig _____
Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbständig _____
Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

2

_____	_____	_____
Name, Vorname	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit
_____	_____	_____
Postleitzahl	Ort	Straße
_____	_____	_____
		Hausnummer

Angaben zum beruflichen Status des Antragstellers/der Antragstellerin

Wirtschaftlich nichtselbständige Privatperson

Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter Rentner/in, Pensionär/in arbeitslos

Sonstige Privatperson

Hausfrau/Hausmann Schüler/in Studierende/r Auszubildende/r ohne Berufsangabe

Wirtschaftlich selbständige Privatperson

wirtschaftlich selbständig _____
Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbständig _____
Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

Unterlagen

Diesem Förderantrag, der in zweifacher Ausfertigung vorgelegt wird, sind beigefügt bzw. werden auf Anforderung der Bewilligungsbehörde nachgereicht:

- | | |
|--|----------|
| 1. die Bauzeichnung im Maßstab 1 : 100 mit eingezeichneter Möbelstellung, | zweifach |
| 2. die Berechnung der Wohnfläche nach der Wohnflächenverordnung, | zweifach |
| 3. die Berechnung des Brutto-Rauminhalts aller Gebäude nach DIN 277 (2016), | zweifach |
| 4. die Checkliste wesentlicher technischer Merkmale von Mietwohnraum, ^{*)} | zweifach |
| 5. der Lageplan nach den Vorschriften der BauO NRW (2018), | einfach |
| 6. die zeichnerische Darstellung der Freiflächengestaltung im Maßstab 1 : 500 oder 1 : 250 mit Darstellung der Begrünung des Grundstücks, der Unterbringung des ruhenden Verkehrs, des Umgangs mit dem Regenwasser und dem flächenmäßigen Nachweis, dass mindestens ein Drittel der Grundstücksfläche als Grünfläche (ohne Stellplätze) gestaltet ist; | einfach |
| 7. gegebenenfalls die Vertretungsvollmacht für die Bevollmächtigte/den Bevollmächtigten, | einfach |
| 8. die Nachweise für die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Fremdmittel – unverbindliche Zusagen sind ausreichend – und über das vorgesehene Eigenkapital, | einfach |
| 9. der Nachweis der Selbsthilfe auf Vordruck, ^{*)} | einfach |
| 10. eine Grundbuchblatt-Abschrift nach neuestem Stand, | einfach |
| 11. gegebenenfalls eine vollständige Kopie des Erbbaurechtsvertrages, | einfach |
| 12. gegebenenfalls eine Bankbestätigung über die vorhandene Darlehensrestschuld mit Angabe des ursprünglichen Nominalkapitals und der vereinbarten Konditionen (Zins- und Tilgungssatz in Prozent) nach neuestem Stand, | einfach |
| 13. Bestätigung der zuständigen Stelle, dass in den letzten fünf Jahren keine Vereinbarungen hinsichtlich der Wiedervermietung der Ersatzwohnungen zwischen der Bauherrin/ dem Bauherren und der zuständigen Stelle getroffen wurde, | einfach |
| 14. in Bergsenkungsgebieten eine Erklärung der Bergbaugesellschaft über die Notwendigkeit von baulichen Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen und ggf. die Kostenübernahme, | einfach |
| 15. Kostenberechnungen nach DIN 276 und ggf. Aufteilung der Kosten nach geförderten und frei-finanzierten Wohnungen, Gewerbe und Garagen/Stellplätzen mit Unterschrift der/des Bauvorlageberechtigten oder der Entwurfsverfasserin bzw. des Entwurfsverfassers; | einfach |
| 16. bei Zusatzdarlehen für | |
| – Außenanlagen, Wohnumfeldmaßnahmen, Nahmobilitätsangebote, Klimaanpassung: Kostenvoranschlag, | einfach |
| – standortbedingte, gebäudebedingte oder städtebauliche Mehrkosten: Gutachten, Rechnungen oder Kostenvoranschläge; | |
| – Menschen mit Schwerbehinderung: Kostenvoranschlag, | |
| – Bauen mit Holz: Nachweise, | |
| – Brandschutzmaßnahmen in Gruppenwohnungen: Gutachten oder Kostenvoranschlag. | |
| 17. Gilt für die Förderung von Mietwohnungen mit Betreuungspauschale:
Konzept mit Kostenschätzung für die angebotenen Leistungen und Höhe der Betreuungspauschale. | einfach |
| 18. Gilt, wenn die Überlassung von Mietwohnungen mit der Erbringung von entgeltlichen Pflege- und Betreuungsleistungen verbunden wird:
Abstimmung der Vereinbarung von hierauf entfallenden Entgelten mit der fachlich zuständigen Stelle (zum Beispiel dem Träger der Kosten der Unterkunft oder der WTG-Behörde). | einfach |
| 19. Gilt für die Förderung von Mietwohnungen mit Möblierungszuschlag:
eine nachvollziehbare Aufstellung der voraussichtlichen Anschaffungskosten der Einbaumöbel. | einfach |
| 20. Gilt nur für Wohnungen mit Passivhausstandard:
der Nachweis durch einen Sachverständigen, dass der Standard des Gebäudes den Vorgaben des Passivhaus-Projektierungspaketes (PHPP) in der aktuellen Fassung entspricht. | einfach |
| 21. Gilt nur bei Erhalt freifinanzierter Wohnungen auf dem Besicherungsgrundstück:
eine aktuelle Mieterliste mit Angaben zu den Nettokaltmieten, Leerständen etc. | einfach |
| 22. Gilt nur bei vorhandenen Gewerbeeinheiten:
Mietverträge – sofern vorhanden – für die vorhandenen Gewerbeeinheiten. | einfach |

^{*)}Vordrucke erhalten Sie bei Ihrer Bewilligungsbehörde oder im Internet unter: www.nrwbank.de/miet-neubau